

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die Aespalte Petizelle 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunde nur v. 12—1 Uhr.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 11. Mai 1880.

Nr. 216.

Deutscher Reichstag.

49. Sitzung vom 10. Mai

Präsident Graf von Arnim eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretär Hofmann, Bitter, v. Liebe u. A.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der zweiten Berathung der am 7. März 1880 zu Wien unterzeichneten revidirten Elbischiffahrtsakte nebst Schlussprotokoll von demselben Tage auf Grund des mündlichen Berichts der XV. Kommission.

Abg. v. Kardorff erklärt sich gegen den Antrag des Referenten und für Genehmigung der Vorlage. Redner wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Windthorst, welcher wiederholt behauptet habe, daß die Regierung den Kulturkampf provoziert habe. (Sehr richtig!) Das sei falsch. Der Abg. Windthorst sei es gewesen, welcher im Jahre 1871 das Reich für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes habe engagiren wollen und damit den Kulturkampf inaugurirt habe. (Widerspruch im Centrum.) Sich sodann zu den Ausführungen des Abg. Wolfson wendend, spricht Redner sein Erstaunen darüber aus, daß dieser Abgeordnete sich auf den Abgeordneten Delbrück für das Recht Hamburgs berufen habe, während doch der Reichskanzler dessen Behauptung von dem Unterschiede zwischen Ober- und Unterelbe ausdrücklich als eine willkürliche bezeichnet habe. Redner geht sodann auf die Ausnahmebestimmung Hamburgs näher ein. Der Herr Reichskanzler habe ausdrücklich betont, daß die Freihafenstellung Hamburgs nur eine vorläufige sei. Daß die nationale Stimmung matter geworden, sei nicht richtig; sie sei ruhiger, aber auch fester geworden, auch innerhalb des Centrums. Aber in den Hansestädten sei die Stimmung eine rückläufige geworden. Die Hamburger und Bremer Einwohner müßten nicht nur Hamburger und Bremer, sie müßten vor Allem Deutsche sein.

Abg. Dr. Birchow freut sich, daß der Vorredner Klarheit in die Sache gebracht. Derselbe verlange offen die Beilegung der Freihafenstellung. Der Herr Reichskanzler sei nicht so weit gegangen, er habe sogar behauptet, daß diese Ausnahmebestimmung nicht angetastet werden soll. Man müsse sich darüber aber klar werden. Um eine nationale Frage handle es sich hier nicht, eine nationale Frage sei es, ein nationales Recht zu schützen. In der Interpretation der Verfassungsbestimmungen sei der Reichskanzler noch niemals glücklich gewesen. Der Reichstag habe nur festzuhalten auf dem durch die Verfassung geschaffenen Rechtsboden; er dürfe nicht zulassen, in den klaren Wortlaut der Verfassung willkürlich Dinge hinein zu interpretiren, die nicht darin stehen. Verfassungsartikel seien nicht dazu da, den Gelüsten des Augenblicks zu dienen, sie sollen zu allen Zeiten zu Recht bestehen bleiben. Für die Frage der Beilegung der Freihafenstellung könnte er sich gelegentlich interessieren, aber er wolle nicht, daß diese Frage in diesem Augenblicke aufgeworfen werde. Er wolle nur den Rechtspunkt untersuchen und er freue sich, daß der Referent sich ebenfalls auf die Rechtefrage beschränkt habe. Er sei sehr gespannt darauf, zu erfahren, wer denn die preussischen Unterthanen sind, welche durch die Freihafenstellung Hamburgs geschädigt werden. Die Stadt Altona könne es nicht sein, denn die habe gegen diese Maßregel protestirt. Es könnten also nur die preussischen Spiritfabrikanten sein (Heiterkeit). Er sei erschrocken gewesen über die Mißstimmung, welche sich in der Rede des Reichskanzlers ausgedrückt habe. Für seine Partei möchte er wenigstens die Erklärung abgeben, daß sie sich ganz frei fühle von irgend einem Gefühle des Hasses oder der Antipathie. Die nationale Einheit sei von der liberalen Partei groß gezogen und schon zu einer Zeit in ihr Programm aufgenommen, wo der Reichskanzler diesen Gedanken noch bekämpfte. Seine Partei werde auch nie fehlen da, wo es sich darum handle, das nationale Interesse im Sinne der idealen und materiellen Wohlfahrt zu fördern. Die liberale Partei habe am meisten für die idealen Interessen der Nation gewirkt, es sei dies geradezu eine Spezialität der fortschrittspartei. Reitere wisse sich frei von den Vorwürfen zentralistischer und partikularistischer Behauptungen. Was er (Redner) für verderblich halte, sei die Augenblickspolitik des Reichskanzlers.

Die Politik müsse wieder eine mehr beständige werden, dann werde es ihm auch an Freunden für seine Politik nicht fehlen. Er werde sich vor dem Gedanken nicht entsetzen, daß ein Ministerium aus liberalen und konservativen Elementen bestehen könnte. Ein Ministerium, aus der Majorität des Reichstages zusammengesetzt, berechtige zu der Hoffnung, etwas schneller vorwärts zu kommen. Vielleicht würde man dann auch den Kollegen Volk wieder gewinnen mit dem deutschen Völkerverständnis. (Heiterkeit.) Redner erklärt zum Schluß, daß, wenn er und seine Freunde für den Antrag der Kommission stimmen, so geschehe dies nicht, um mit diesem Votum sich gegen eine nationale Politik zu erklären, sondern in dem Sinne, daß sie für das Reich und für die Reichsverfassung votiren. (Lebhafter Beifall links.)

Finanzminister Bitter erklärt gegenüber einer Aeußerung des Vorredners, daß weder an ihn, noch an das preussische Staatsministerium, noch überhaupt an ein preussisches Ressort die Anfrage wegen Beilegung der Freihafenstellung Hamburgs gerichtet worden sei. Diese Frage komme also hier gar nicht in Betracht. Derselbe stehe gar nicht zur Debatte und sei diese Verbindung mit der gegenwärtigen Vorlage nicht zu rechtfertigen. Es könne an der Elbischiffahrtsakte auch nichts gefunden werden, was an eine Beilegung der Zollgrenze in der Elbe, noch auch an eine Beilegung der Freihafenstellung Hamburgs und Bremens irgend wie auch nur denken läßt. Er bitte also, diese Frage heute fallen zu lassen und die Akte zu genehmigen.

Abg. v. Bennigsen: Einen solchen Vorbehalt an die Genehmigung des vorliegenden Vertrages zu knüpfen, sei schon um deswillen sehr bedenklich, weil es sich nicht empfiehlt, innere Angelegenheiten in den mit einem fremden Staate abgeschlossenen Vertrag hineinzubringen. Die Feststellung der Zollgrenze sei eine staatsrechtliche Frage. Wer die Entscheidung darüber habe, ob der Bundesrath allein oder nur unter Mitwirkung der Gesetzgebung, sei zweifelhaft. Der Vorbehalt, wie er gefaßt ist, sei aber auch schon um deswillen unannehmbar, weil er sich in dieser Form auf den österreichischen Elbstrom erstreckt. Es sei auch in Großen und Ganzen viel weniger von der Elbischiffahrtsakte, als vielmehr von der besonderen Stellung Hamburgs die Rede gewesen, wie der Frage, welche Behörde kompetent sei, über die Freihafenstellung Hamburgs bzw. über die Abgrenzung der Zollgrenze auf der Elbe zu entscheiden. Es seien darüber die verschiedensten Meinungen zu Tage getreten und er möchte hieraus die Folgerung ziehen, daß es wünschenswerth sei, diese ganze Frage, ehe sie zur Entscheidung gelangt, noch einmal einer näheren Prüfung zu unterziehen. Ein großer Theil seiner politischen Freunde sei daher zu dem Entschlusse gekommen, daß es besser sei, die Entscheidung über diese Frage in dieser Session zu vertagen. Er werde sich deshalb den Antrag zu stellen erlauben, diese Frage zu einer schriftlichen Berichtserstattung der Kommission zurückzugeben, denn dieser Vorbehalt sei entschieden unzulässig. Auch wenn es sich darum handle, ein Recht für den Reichstag zu erlangen auf diesem Gebiete, halte er es für unzulässig, daß die Genehmigung eines Vertrages zu diesem Zwecke benutzt werde. Redner spricht seine Befriedigung darüber aus, daß der Herr Reichskanzler so entschieden erklärt habe, er werde niemals zugeben, daß die partikularistische Stimmung im Reich an Boden gewinne. Der Abg. Birchow und dessen Partei habe keinen Antheil an dem Zustandekommen der nationalen Einheit, dieses Verdienst gebühre allein dem Herrn Reichskanzler. Den nationalen Gedanken habe die liberale Partei allerdings lange vor 1866 vertreten, aber ohne einen König von Preußen und einen Minister, welcher seine ganze Existenz auf's Spiel setzte, wäre die Durchführung desselben niemals möglich gewesen. Das müsse er dem Abg. Birchow zugestehen, daß ein liberal-konservatives Ministerium nicht lange wirtschaften würde, denn das deutsche Volk vertragen keine kirchlich-politische Reaktion. Aber die Herren könnten doch viel Unheil anrichten. (Sehr richtig! links.) Dem müsse man vorbeugen. Sammele man sich daher auf nationaler Seite und verlege heute eine Frage, deren Entscheidung gar nicht dränge.

Staatssekretär Hofmann erwidert dem Abg. Birchow, der Herr Reichskanzler treibe keine schwankende Politik, er verfolge feste Ziele und habe seine

Ziele erreicht selbst gegen Herrn Birchow und dessen Partei. Die Rede des Herrn von Bennigsen könne er nur mit Genugthuung begrüßen. Was die Frage selbst anlangt, so könne Hamburg nur dann ein Veto einlegen, wenn es sich um den Freihafen im Ganzen handle, nicht um dessen Grenzen. Der Kommissionsantrag sei unklar und beschränke sich nur auf die Unterelbe. Rechtlich stehe fest, daß die Unterelbe genau so zu behandeln sei, wie die Oberelbe, und wenn man oben Revisionen vornehmen dürfe, dann sei dies auch unten zulässig. Man dürfe nur keinen Wasserzoll auf der Unterelbe zwischen Hamburg und der Nordsee erheben, wohl aber dürfen die Schiffe behufs ihrer Revision nach zollpflichtigen Gegenständen angehalten werden. Redner bittet um Ablehnung der Anträge und um vorbehaltslose Genehmigung des Vertrages.

Abg. v. Hellendorff-Bedra schließt sich den Ausführungen des Vorredners, was die Vorlage betrifft, in allen Theilen an. Redner geht alsdann auf einzelne Punkte aus der Rede des Reichskanzlers näher ein, indem er namentlich bemerkt ist, die angebliche liberal-konservative Koalition als ein Gespenst zu bezeichnen, mit dem man vergeblich das Volk schrecken wolle. Die konservative Partei habe und werde sich geeignetenfalls dankbar der Hilfe des Centrums bedienen, aber immer vorbehaltlich der eignen freien Prüfung. Er habe in der Rede des Kanzlers die Mahnung zu größerer Ruhe im Kampfe der Parteien und zur Wahrung der Kompetenz des Bundesrathes warm empfunden und in diesem Sinne müsse er sich entschieden gegen den Antrag der Kommission in Bezug auf den Vorbehalt erklären, und er bitte, gegen denselben zu stimmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Freiherr v. Schorlemer-Alst: Der Abg. von Kardorff hat dem Abg. Windthorst vorgeworfen, daß er sein Schlagwort auf dem Gebiete des Kulturkampfes getummelt, den vorliegenden Gegenstand aber gar nicht berührt habe. Was hat nun der Abg. Kardorff zu dieser Sache gesprochen? Er hat von Hamburg und Bremen, und über vieles Andere, aber nicht über diese Sache sich ausgelassen. Weiter hat er den Abg. Windthorst vorgeworfen, daß er den Kulturkampf in die Debatte gezogen habe. Dies bestreite ich. Der Reichskanzler hat dies am Samstag gethan und heute der Abg. von Kardorff. Ich werde mich daher vorzugsweise mit der Rede des Fürsten Bismarck beschäftigen. Ich bin dem Herrn Reichskanzler für diese Rede sehr dankbar, denn sie hat wesentlich aufklärend gewirkt. Er hat versucht, uns nach Rom hin zu diskreditiren und Uneinigkeit in unsere Partei zu tragen. Was den letzten Punkt anlangt, so wird ihm dies nicht gelingen; wir werden auch später sehr geschlossen zusammenstehen, und so sehr wir den Frieden wünschen, den uns ausgedehnten Kampf unter unsern bewährten Führern, der Berle von Meppen, fortzusetzen wissen. (Heiterkeit.) Er hat uns ferner vorgeworfen, wir seien unter priesterlichem Einfluß gewählt. Die Geistlichen sind ja doch so heimlich, daß sie nicht viel Einfluß mehr haben. (Widerspruch links.) Was will denn nun aber der Reichskanzler von uns? Er will, daß wir mit ihm durch Dick und Dünn gehen, und will uns dann auch hier und da auch einige Brosamen religiösen Friedens zukommen lassen. Dazu, meine Herren, ist aber unsere Partei zu gut. Ich will dem Reichskanzler sagen, warum er keine sichere Majorität hat. Es kommt das daher, weil er selbst die Parteien fort und fort zerstückt, weil er unbedingte Heeresfolge verlangt, und daher stammt auch seine Abneigung gegen das Centrum. Dies muß ihm die Parteien und die Herzen entfremden, und einen nationalen Gedanken erblicke ich darin auch nicht. (Sehr richtig! links.) Der Herr Reichskanzler hat am Schluß seiner Rede die Parteien aufgefodert, und ferner die Heeresfolge zu versagen. Das war eine nette Heeresfolge. (Große Heiterkeit.) Ich erinnere Sie nur an den Kulturkampf und andere Drangsalirungen unserer Partei. Was die vom Abg. von Bennigsen beantragte Zurückverweisung an die Kommission betrifft, so habe ich nicht daran gezweifelt, daß der Abg. von Bennigsen der sein wird, der aus dieser Sache, in der wir uns befinden, die Hintertür zu einem Kompromiß finden wird. Votiren Sie, wie Sie wollen, aber überlegen Sie sich dabei, wenn Sie von dem Antrag Delbrück zurücktreten, fallen Sie von sich selbst ab. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär Hofmann widerspricht Namens der Regierung dem Antrage Bennigsen und bittet wiederholt um Annahme der Vorlage.

Abg. Dr. Delbrück: Ich habe mir das Wort erbeten, um auf die persönlichen Angriffe des Reichskanzlers gegen mich zu antworten; das Wort als Referent über die Ausführungen gegen den Kommissionsvorschlag behalte ich mir bis nach Schluß der Diskussion vor. Der Herr Reichskanzler hat sich bemüht, indem er meine Stellung während meiner amtlichen Thätigkeit kritisierte, mich in Widerspruch zu setzen mit meiner Thätigkeit in der Kommission und als Abgeordneter. Ich habe die Akte nicht entworfen und hatte im Jahre 1874 auch nicht die Zeit dazu. Wichtig ist aber, daß, als mir der Entwurf zugeing, ich denselben dem Bundesrath vorgelegt und für denselben die preussische Stimme im Bundesrath abgegeben habe. Aber der Reichskanzler ist doch selbst öfters in der Lage gewesen, ein Gesetz in den Reichstag zu bringen und durchzusetzen, dessen Aenderung er nach 5 bis 6 Jahren selbst beantragen muß, weil die Gesichtspunkte, unter denen es eingebracht wurde, sich geändert haben. Es ist eben naturthwendige Konsequenz, daß man nach einer Reihe von Jahren unter veränderten Verhältnissen eine Vorlage anders ansieht, als vorher. In diesem Falle befinde ich mich und ich glaube nachgewiesen zu haben, daß mir eine Inkonsequenz nicht vorzuwerfen ist. Sodann ist auf die Verhandlungen Bezug genommen, infolge deren hamburgische Gebietstheile dem Zollverein angeschlossen werden sollen. Ich habe aber mich selbst dagegen verwahrt, daß dasjenige, was ich mir anzuführen erlaubte, allgemein angewendet werden dürfe. Das ist unzweifelhaft, daß der Bundesrath in dieser Frage zu beschließen hat. Aber in allen diesen Fragen ist der Beschluß des Bundesraths immer nur das Tüpfchen auf dem „i“ gewesen; es war immer vorher volles Einverständnis vorhanden; gegen den Widerspruch des beteiligten Staates ist nie ein Theil seines Gebiets in die Zolllinie gezogen worden. (Hört! hört!) Der Beschluß des Bundesraths war immer nur die Beglaubigung des Einverständnisses gewesen. Ferner hat der Reichskanzler zum Beleg, daß gewisse rückläufige Bewegungen im nationalen Leben vorhanden sind, angeführt, daß er zu dieser Ueberzeugung gekommen sei, seitdem er sehe, daß sein bedeutendster Mitarbeiter heute Arm in Arm mit dem Centrum und anderen Parteien, die gegen die Reichsverfassung waren, gehe. Ich glaube aber nachgewiesen zu haben, daß es bestehendes Recht ist, daß die Unterelbe ohne Gesetz nicht unter Zollkontrolle gesetzt werden darf. Wenn ich mich dabei des Einverständnisses eines Theiles des Hauses erfreue, der im vorigen Jahre auf wirtschaftlichem Gebiet dem Reichskanzler zugestimmt hat, so kann mich die Zustimmung dieses Theiles des Hauses in meiner rechtlichen Ueberzeugung ebensowenig betreffen, wie sie im vorigen Jahre den Reichskanzler auf wirtschaftlichem Gebiete beirrt hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn ich jetzt für den Schluß des bestehenden Rechts eintrete, so glaube ich nicht, daß ich dadurch partikularistisch werde; sollte ich es aber dadurch sein, so bin ich es nicht erst heute, sondern schon seit 30 Jahren. (Lebhafter Beifall.)

Unter großer Unruhe des Hauses spricht sodann noch der Abg. Löwe (Bismarck) im Sinne des Reichskanzlers; es wäre ein großer politischer Fehler, wenn man die Vorlage fallen ließe.

Abg. Dr. Pascher: Es erscheint mir als ein Fehler von allen Seiten, eingeschlossen den Herrn Reichskanzler, die heutige Verhandlung unter dem Gesichtspunkte der Zollvereinsanschlüsse zu betrachten. Dies war auch der Fehler des Abg. v. Bennigsen, daß er Hänel zitirte, der gar nichts zu thun hat mit der gegenwärtigen Streitfrage, nämlich daß den Hansestädten gewisse Rechte gegeben sind, die allgemeine Verwaltungsgewalt sind. Was hier betrachtet werden muß, ist: wie ist der gegenwärtige Zustand, wie wird er geschicklich gehandhabt seit 60 Jahren, und was soll nach der Elbischiffahrtsakte folgen. Nun ist aber gar kein Streit, daß durch diese Akte ein gesetzlicher Zustand geschaffen ist, wonach bei Hamburg die letzte zollamtliche Grenze und Revisionstelle vorhanden ist. Die Elbischiffahrtsakte behandelt ferner die Rechtsmaterie, die Rechte der Unterthanen und der einzelnen Staaten, und zum Ueberflus erkennt die Akte selbst an, daß sie die entgegenstehenden Gesetze aufhebt. Auch sind sämtliche Abänderungen der Akte, welche bei

der Verfassung in Preußen zu Stande gekommen sind, immer der Genehmigung des preussischen Abgeordnetenhauses unterbreitet worden. Es steht danach fest, daß die Waare von Hamburg bis zum Meere hin keine Zollamtliche Abfertigung erleiden darf. Dieser Zustand besteht seit 60 Jahren, und Sie werden mir zugeben, daß die Beibehaltung desselben eine rechtsgültige Forderung ist. Von jetzt ab soll es anders werden, und die Regierung ermächtigt sein zur Zollamtlichen Abfertigung auch unterhalb Hamburgs. M. H.! Die Lehre von den Verträgen ist staatsrechtlich noch nicht festgestellt, die Regierungen können sich die Freiheit der Entscheidungen vorbehalten, wie sie die geschlossenen Verträge handhaben wollen zu ihrem Nutzen, und so liegt es auch hier. Ich finde in der Verfassung, daß das Reich ein einheitliches Zoll- und Bundesgebiet hat. Augenblicklich wird aber gleich daneben gesetzt, daß einzelne Zollauschlüsse zulässig seien. Nun bestimmt Art. 7 Nr. 2 der deutschen Verfassung: Wenn ein Rechtsgesetz ergangen ist und zur Ausführung Verordnungen oder Einrichtungen notwendig sind, so sollen diese dem Bundesrathe obliegen, soweit nicht die Verfassung anders bestimmt. Das kann und darf nicht entfernt die Bedeutung haben, daß er vertragmäßige Rechte abändern könne. Als der Artikel 7 der Verfassung gemacht wurde, wurde ausdrücklich festgestellt, daß dieses Verordnungsrecht nur die Bedeutung haben solle, daß der Bundesrath das Recht habe, allgemeine Bestimmungen zu erlassen. Es ist also nicht nur nicht notwendig, diese Frage dem Bundesrathe zu überlassen, sondern wir haben sogar dasselbe Recht, mitzustimmen, und von einer Verletzung der Verfassung kann nicht die Rede sein. Was die nationale Politik betrifft, so war ja der Reichskanzler bisher der Mann, den zu schwer geladenen Karren auch wieder herauszurollen, aber es wird vielleicht seinem Nachfolger nicht so leicht werden, und der Karren wird stehen bleiben. Der Reichskanzler ist anerkanntermaßen der erste jetzt lebende Diplomat, aber die Methode der Diplomatie paßt nicht auf die weitere Entwicklung der nationalen Politik. Es ist notwendig, eine klare, erkennbare Politik zu haben, wenn man eine Majorität von selbstständigen Männern auf seiner Seite haben will, und ich gestehe, daß ich seit Jahren die Ziele des Reichskanzlers in vielen Dingen nicht mehr erkennen kann. So geht es mir auch in Bezug auf den vorliegenden Gegenstand. Mir kommt es auch oft mehr auf die Wege an als auf die Ziele, weil auf dem Wege ein großer Theil des Rechtsgefühls verloren gehen kann. Es entgeht dem Reichskanzler zuweilen, daß das deutsche Volk neben seinem Nationalgefühl auch ein tiefes deutsches Rechtsgefühl besitzt, welches nicht verletzt werden darf, wenn es Befriedigung finden soll auf die Dauer am deutschen Reich und der Person des Reichskanzlers. (Beifall links.)

Der erneute Antrag auf Schluß wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen, und nach einem Resumee des Referenten wird zur Abstimmung geschritten. — Der Antrag Bennigsen auf Zurückweisung an die Kommission wird mit 125 gegen 125 Stimmen abgelehnt.

Es wird darauf über die einzelnen Paragraphen, deren die Vorlage 37 hat, abgestimmt.

Die §§ 1—3 werden angenommen.

Ueber Art. 4, welcher die eigentlich meritatorischen Bestimmungen enthält, beantragt Abg. Richter (Hagen) namentlich abzukommen, findet aber nicht die nöthige Unterstützung von 50 Mitgliedern; durch itio in partes wird Art. 4 mit 134 gegen 114 Stimmen abgelehnt; dasselbe Schicksal findet der Schlußartikel 37, welcher das Datum des Inkrafttretens der einzelnen Bestimmungen des Vertrages enthält.

Die Abstimmung über den Antrag der Kommission ist eine namentliche; derselbe wird mit 110 gegen 138 Stimmen abgelehnt; (4 Mitglieder haben sich der Abstimmung enthalten), der Vorbehalt, den die Kommission hinzugefügt, ist also gestrichen.

In rascher Folge und ohne Debatte werden darauf die folgenden Gegenstände der Tagesordnung erledigt: die Gesandtschaftsreise betr. den Auslieferungsvertrag mit Uruguay; betr. die Konsulargerichtsbarkeit in Egypten; betr. die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen; die zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschlossenen Abkommen: 1) der am 1. April 1880 zu Berlin unterzeichneten Uebereinkunft wegen weiterer provisorischer Regelung der Handelsbeziehungen; 2) des am 25. Februar 1880 zu Berlin unterzeichneten Vertrages wegen Beglaubigung der von öffentlichen Behörden und Beamten ausgestellten oder beglaubigten Urkunden. Der Gesandtschaftsreise betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Bosnien und in der Herzegowina, die Uebereinkunft zwischen Deutschland und Belgien vom 22. April 1880 wegen provisorischer Regelung der Handelsbeziehungen, und die Uebereinkunft zwischen Deutschland und der Schweiz wegen weiterer provisorischer Regelung der Handelsbeziehungen werden auf Grund der in zweiter Beratung unverändert angenommenen Vorlagen genehmigt; ebenso werden die Uebereinkünfte der Ausgaben und Einnahmen des deutschen Reiches für das Etatsjahr 1878—1879 definitiv erledigt und eine Anzahl von Petitionen als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erklärt.

Nächste Sitzung Abends 8 Uhr.

L.-D.: Dritte Beratung der Elbschiffahrtsakte.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Abend Sitzung.

50. Sitzung vom 10. Mai.

Präsident Graf von Arnim eröffnet die Sitzung um 8 1/4 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf v. Stolberg-Bernigerode, Hofmann, von Philippsborn, von Schelling, Bitter.

Tagesordnung:

Dritte Beratung der Elbschiffahrtsakte.

Von den Abgg. v. Seydewitz und Genossen liegt ein Antrag auf Wiederherstellung der Artikel 4 und 37 vor. Dagegen beantragen die Abgg. Delbrück und Windthorst die Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung.

Abg. Windthorst motiviert kurz seinen Antrag, für den, wie Abg. Richter erklärt, nunmehr auch die Fortschrittspartei stimmen wird, da materiell schon in der zweiten Beratung über die Vorlage entschieden worden sei. Hamburg werde aus dieser Abstimmung wesentlich eine Beruhigung für seine Freihafenstellung schöpfen.

Abg. Graf Ido zu Stolberg plaidirt für den Antrag Seydewitz.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Delbrück-Windthorst angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident giebt nunmehr die übliche Uebersicht über die Geschäfte des Hauses während der nunmehr abgelaufenen Session.

Abg. v. Bennigsen spricht Namens des Hauses dem Präsidenten Dank und Anerkennung für seine unparteiische Geschäftsführung aus und fordert das Haus auf, sich zum Zeichen der Zustimmung von den Plätzen zu erheben.

(Die Mitglieder erheben sich hierauf von ihren Sitzen.)

Nachdem der Präsident sodann noch den Vicepräsidenten, den Schriftführern, sowie dem Gesamtvorstande den Dank für die Unterstützung in der Geschäftsführung ausgesprochen, erhält das Wort der Vicepräsident des preussischen Staatsministeriums Graf v. Stolberg-Bernigerode zur Verlesung einer Allerhöchsten Botchaft, gezeichnet Wiesbaden, den 5. Mai. Dieselbe ermächtigt den Reichskanzler eventuell dessen Vertreter, Grafen zu Stolberg, den Reichstag am 10. Mai im Namen der verbundenen Regierungen auf Befehl des Kaisers zu schließen.

Nach Vorlesung der Allerhöchsten Botchaft schließt der Präsident die Sitzung mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, in welches das Haus dreimal begeistert einstimmt.

Schluß 8 3/4 Uhr.

Provinzielles.

Stettin, 41. Mai. Das Fangen oder Töden der Nachtigallen, Blauschnecken, Rothschnecken, Rothschwänze, Laubvögel, Grassmäden, Steinschnäher, Wiesenschnecken, Bachstelzen, Pieper, Zaunkönige, Birkel, Goldhähnchen, Meisen, Lerchen, Ammern, Dompfaffen, Finken, Hänflinge, Zitzige, Stieglitz, Baumläufer (Kleiber), Wiedehopfe, Schwalben, Stare, Dohlen, Ralen, Mandelfröhen, Flegelschnepfer, Bürger, Kucke, Spechte, Wendehals, Sperlinge, Tageläse, Fuffarde (Mäuser oder Mäusefalken) und Eulen mit Ausschluß des Uhus, deren überwiegende Nützlichkeit durch Vertilgung von Insekten und anderem Ungeziefer außer allem Zweifel steht, ist nach einer Verordnung vom 29. Mai 1860 in der Zeit vom 1. Dezember bis 15. September verboten. Ferner sind alle Vorrichtungen zum Fangen der genannten Vögel, z. B. das Aufstellen von Leimruthen, Vogelnehen, Schlingen, Dohnen, Sprengeln, Fangkäfigen, während der genannten Schonzeit untersagt. Das Festhalten solcher Vögel auf den Wochenmärkten und im Hausverkauf, das Ausnehmen der Eier oder der Brut und Zerstoßen der Nester dieser Vogelarten ist unbedingt verboten.

— Ende vorigen Monats fand in Berlin eine hark besuchte Versammlung von Berliner Fischhändlern statt, welche eine allgemeine Versammlung deutscher Fischhändler aus Deutschland, Oesterreich und der Schweiz, die wiederum am 23. und 24. d. M. stattfinden soll, vorzubereiten hatte. Es soll ein Verein deutscher Fischhändler gegründet werden, und ist ein Statut für denselben bereits ausgearbeitet, das in der Versammlung am 23. und 24. d. M. definitiv angenommen, vielleicht auch noch in einigen Punkten verändert werden wird. § 1 des provisorischen Statuts lautet: Der Verein deutscher Fischhändler hat den Zweck, das Interesse seiner Mitglieder Regierungen, Behörden und Privaten gegenüber zu vertreten. Unsere Provinz dürfte zu der Zahl der Mitglieder ein großes Kontingent stellen. Je größer die Zahl und je bedeutender die Verbindungen der Vereinsmitglieder sind, desto wichtiger wird der Verein werden und desto greifbarer werden seine Erfolge zum Besten des Fischhandels sein, und zwar nicht bloß zum Nutzen der Fischhändler, sondern auch, wie wir überzeugt sind, zum Vortheil der Abnehmer derselben.

— Internationale Ausstellung von Hunden aller Rassen vom 21. bis 25. Mai in Berlin. Die Anmeldungen zu dieser Ausstellung sind so reichlich eingegangen, daß ein großer Theil zurückgewiesen werden mußte. Es werden 1050 einzelne Hunde resp. Würfe und 2 Meuten ausgestellt sein, deren Gesamtzahl etwa 1200 betragen wird. Auf dem Plateau von Tivoli erhebt sich bereits eine kleine Stadt, über 1000 Wohnungen elegant und praktisch erbaut, um die beliebten Vierfüßler aufzunehmen. Eine stattliche Reihe von Neufundländern, Alpen- oder Bernharthunde und Doggen, lauter ausgefucht große Exemplare und nahe 300, hat noch niemals beisammen gestanden und werden einen imposanten Anblick gewähren. Es werden einige Hunde ausgestellt, welche als ganz hervorragende Exemplare die Kleinigkeit von pro Kopf

20,000 Mark kosten. Auch in allen anderen Klassen werden vorzügliche Hunde vertreten sein. Unsere Nachbarn in England theilnehmen sich mit nahe 200 Köpfen. Das in London erscheinende erste Sportblatt Englands „The field“ vom 1. Mai d. J. schreibt: „Die Ausstellung in Berlin wird die großartigste sein, und mit besseren Hunden besetzt, als wir seit Jahren in England eine Ausstellung gehabt haben. Wir freuen uns über dieses Resultat und beglückwünschen unsere deutschen Freunde zu diesem Erfolg.“ So eine in England sehr renommierte Zeitung. Die feierliche Eröffnung wird am 21. Mai, Vormittags 10 Uhr, von dem Prinzen Carl von Preußen erfolgen und werden zu derselben Se. Majestät der Kaiser, die königlichen Prinzen, die Spitzen der Behörden, die Presse und viele hervorragende Personen besonders eingeladen werden. Ein großartiges Festbankett wird am 22. Mai auf Tivoli stattfinden.

— Geschlossene Gesellschaften, die an ihre Mitglieder Wein und dergleichen Handelsartikel abgeben, pflegten bisher in Preußen gewerbesteuerfrei zu sein. Nach einer kürzlich ergangenen Entscheidung des Finanzministers wird das in Zukunft nicht mehr der Fall sein. Der Minister hat nämlich aus Anlaß einer speziellen Frage bestimmt, daß solche geschlossene Gesellschaften, Kasino-Gesellschaften, Ressourcen, Lesevereine, Freimaurerlogen u. s. w., soweit sie Wein- oder ähnlichen Handel treiben, indem sie solche Handelsartikel in großen Quantitäten beziehen und an ihre Mitglieder gegen Bezahlung verabfolgen, als zur Klasse A. II. gewerbesteuerpflichtig zu erachten sind. Voraussetzungen steht in dieser Entscheidung einer großen Anzahl geschlossener Gesellschaften die nicht gerade angenehme Ueberraschung dieser Heranziehung zur Gewerbesteuer und vielleicht sogar Nachzahlung derselben demnach bevor.

— Am Sonnabend ist bei Mönchgut ein kleiner weißer Seehund gefangen, der mit Hornissen gemeinschaftlich in die Reusen gegangen war. Derselbe ist nach Greifswald gebracht. Wenn auch nicht häufig vorkommend, so ist diese Art doch nicht sehr selten, in dem Greifswalder zoologischen Museum sollen sich mehrere ausgestopfte Exemplare befinden.

— In der Nacht vom 10./11. d. M. wurden dem Büdner Pieper in Stolzenhagen aus verschlossenem Stalle mittelst Einbruchs 15 Stück Tauben im Werth von 27 M. gestohlen.

3 Arnswalde, 8. Mai. Bei den Gehülften des in Arnswalde wohnhaften Kaufmanns Hermann Haupp erschien am 6. d. Mts. der nach abgelauener Dienstzeit vom Militär entlassene frühere Kaufmanns-Kommis Sp., welcher vor Jahren bei Herrn Haupp seine Lehrzeit beendet hatte, zum Besuch, und bat Erstere, ihm zu gestatten, da er anderen Tages zu seinen in Calles wohnhaften Verwandten zu reisen beabsichtigte, die Nacht dort schlafen zu dürfen, da er Bedenken aufwende, etwaige Kosten für das Logis in einem Gasthause augenblicklich nicht genügend bemittelt sei. Diese sagten ihm das Nachtquartier bereitwilligst zu und begab man sich gegen 11 Uhr Abends zu Bett. Als am anderen Morgen die Gehülften erwachten und um sich schauten, war der saubere Herr Schlafkollege bereits verschwunden, und hatte dertartig unter den Sachen der Gastgeber ausgeräumt, daß es ihnen nicht möglich war, das Bett zu verlassen; kurz Alles hatte Jener mitgehen lassen. Nachdem Herr Haupp von diesem unliebsamen Vorfall benachrichtigt war, wurden die nöthwendigsten Kleidungsstücke herbeigeschafft, um es den beiden Gehülften möglich zu machen, das Bett zu verlassen. Sofort in der Stadt Arnswalde und Umgegend gemachte Nachforschungen liefen den Dieb nicht ermitteln, Niemand hatte eine Spur, wohin sich derselbe gewendet haben konnte. Eine dieserhalb nach hierher gerichtete Depesche setzte die beiden hiesigen Polizisten in Bewegung und gelang es dem Marktmeyer Meierich — der überhaupt ein sehr umsichtiger und gewissenhafter Polizeikammer ist — nachdem er alle Lokale vergeblich revidirt hatte, am 7. d. M. Nachmittags den Dieb auf dem hiesigen Bahnhofe in flagranti zu ertappen. Dieser hatte sich mit 2 schweren Koffern in eine entlegene Ecke des Bahnhofes postirt, um mit dem Raube mit dem Nachmittags 3 Uhr nach Stettin abgehenden Zuge zu verschwinden. Hierfür, dem das gegebene Signalement zutreffend erschien, ließ sich mit Sp. in ein Gespräch ein, und da er sich in seinen Redensarten in Widersprüche verwickelte, wurde er verhaftet und nach dem hiesigen Polizei-Arrest gebracht. Sp. behauptete hartnäckig, daß er von Nichts wisse und daß er gar nicht in Arnswalde gewesen sei, auch von dem dort stattgehabten Diebstahl keine Ahnung habe. Der von Arnswalde telegraphisch herbeigesandte Zeuge Kommiss Reichslogozirte den Dieb jedoch, da er sich mit dem Sonntagsanfrage derselben konfirmirt hatte. Heute am 8. d. früh ist Sp. per Transporteur nach Arnswalde geschafft worden, um sich wegen seines frechen Diebstahls zu verantworten.

Bermittliches.

— (Ein waderes Dorf.) Seinesgleichen findet das eine Stunde von Lugos in Ungarn gelegene Dörfchen Daruvar nur wenig; dort hat die fleißige Bevölkerung vor einigen Jahren aus den monatlich zusammengetragenen Kreuzern eine Sparkasse gegründet, welche nunmehr über ein Vermögen von 30,000 Fl. verfügt. Interessant ist es, daß die Sparkasse die Steuerrückstände der Dorfbewohner bezahlt, welche dann im Wege der Gemeindeverwaltung nach der Ernte erhoben werden. Das Dorf besitzt ein Kasino, einen Schützenverein und einen gut geschulten Gefangenenverein. Noch weit interessanter erscheint uns die Thatsache, daß die Bevölkerung dieses waderen ungarischen Dorfes durch und durch deutsch ist.

Literarisches.

Otto Hübners statistische Tafel aller Länder der Erde (Verlag von Wihl. Komml in Frankfurt a. M.) ist soeben in neuer (29.) Auflage erschienen. Dieselbe enthält in übersichtlicher Weise die neuesten Daten über die wirtschaftlichen Verhältnisse aller Länder der Erde, wie Größe, Bevölkerung, Ausgaben, Schulden, Heer, Kriegs- und Handelsflotte, Ein- und Ausfuhr, Zolleinnahmen, Erzeugnisse, Geld, Maß, Gewicht, Eisenbahnen, Hauptstädte u.

Wir können diese statistische Tafel mit gutem Gewissen allen Freunden solcher Zusammenstellungen empfehlen, da sie mit vielem Fleiße und großer Gewissenhaftigkeit bearbeitet ist. [77]

Biehmarkt.

Berlin, 10. Mai. Es fanden zum Verkauf: 3387 Rinder, 6430 Schweine, 2117 Kälber, 18,083 Hammel.

Das Geschäft für Rinder hatte heute einen recht glatten Verlauf genommen, wenn der Auftrieb nicht so ungewöhnlich stark ausgefallen wäre; hierdurch wurde ein schleppender Verkauf hervorgerufen und wenn auch verhältnismäßig wenig Ueberhand verblieb, konnte nur beste Waare den letzten Preis erzielen, während geringere Qualität zurüdgab: Feinste Qualität 60—63, Prima 53—54, Sekunda 48—50 und Tertia 40—42 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Für die anderen Viehgattungen verlief der Markt bedeutend besser, wofür das bevorstehende Pfingstfest nicht ohne Einfluß war.

Schweine, beste Mecklenburger und Pommern 57—59, Landtschweine: kleine 50—52, bessere 55 bis 56, Rassen 48—51 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht bei einer Tara von 20 Prozent; Bakuner fehlten.

Kälber 40—50, beste 55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Hammel wurden, ähnlich wie in der Vorwoche, schon am Sonnabend und Sonntag zu drei Vierteln verkauft, so daß der Markt heute frühzeitig geräumt war und auch fast dieselben Preise angelegt: 45—55, bestes gutgekapeltes Vieh und seine Lämmer auch 60 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 10. Mai. Der „Frankfurter Presse“ wird von Berlin depechirt, daß die Verhandlungen mit Rom völlig abgebrochen seien.

Fünsterwalde, 10. Mai. Die hier versammelten Delegirten der deutschen Wollenwarenfabrikanten haben heute folgende Resolution an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck beschließen: Der Centralverein deutscher Wollenwarenfabrikanten, der heute in Fünsterwalde zahlreich versammelt ist, spricht dem Herrn Reichskanzler seinen tiefgefühltesten Dank aus, daß er die Frage des Zollanschlusses der Hansestädte in Anregung gebracht hat und befreit ist, unter Ausschluß von Verfassungsverstößen einen Ausgleich zwischen den Interessen des deutschen Vaterlandes und denen der Hansestädte zu Stande zu bringen.

Erfeld, 10. Mai. In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre der Lebensversicherungsgesellschaft wurde die Dividende auf 27 M. gleich 4 1/2 pCt. festgesetzt.

Strasbourg i. E., 10. Mai. Die „Elsaß-Lothringische Zeitung“ veröffentlicht die Namen der zwölf durch Allerhöchstes Vertrauen auf 3 Jahre berufenen Mitglieder des Staatsrathes für Elsaß-Lothringen. Es sind dies neben dem Chef des Generalstabes des XV. Armee-corps, Oberst v. Werder, und den Professoren Laband und Westien, 9 Elsaßer resp. Lothringer, darunter der Präsident und 7 Mitglieder des Landesausschusses, sowie der frühere Reichstags-Abgeordnete Bergmann.

Wien, 10. Mai. Abgeordnetenhause. Der Antrag der Minorität auf Anerkennung der oberösterreichischen Großgrundbesitzer wurde nach längerer Debatte mit 163 gegen 159 Stimmen abgelehnt. Diese Wahlen sind somit annullirt. Der Abg. Herbst beantragte, zur Prüfung der Antwort des Justizministers auf die Interpellation betreffend die Sprachenverordnung eine Anzahl von 14 Mitgliedern einzusetzen. Seitens des Finanzministeriums wurde ein Gesandtschaftsbericht wegen Abänderung des Zuckergesetzes vorgelegt. Der Abg. Wurmbach brachte den Antrag ein, daß die deutsche Sprache zur Reichssprache erklärt werde. In Beantwortung einer hierauf bezüglichen Interpellation theilte Ministerpräsident Taaffe mit, die Landesregierung in Serajewo habe den Auftrag, daß die politischen Behörden in allen Fällen, wo es sich um den Uebertritt von Personen vom Mohamedanismus zum Christenthum handle, sich jeder Entfaltung auf das Strengste enthalten und solche Personen an die betreffenden geistlichen Vorstände weisen sollten. Der Vorsteher des Kreisamtes Bisjola, der in einem Erlasse den Mohamedanern den Uebertritt zum Christenthum verboten habe, sei deshalb von seinem Posten entfernt worden.

Pest, 10. Mai. In der heutigen Generalversammlung der ungarischen Frauenwohlthätigkeitsvereine des rothen Kreuzes führte die Kaiserin den Vorsitz.

Genua, 10. Mai. Die Kronprinzessin Victoria hat heute Abend die Rückreise nach Berlin angetreten. Zur Verabschiedung waren die Spitzen der Behörden auf dem Bahnhofe anwesend.

Washington, 8. Mai. Der Finanz-Ausschuß der Repräsentantenkammer beendigte in seiner heutigen Sitzung die Revision der Zolltarife. Derselbe setzte den Zoll auf Holzsafer auf 10 Prozent fest und hielt die Zölle auf die übrigen bei der Papierfabrikation verwendeten Artikel, sowie auf Papier selbst aufrecht. Endlich wurden die Zölle auf Handwerkszeug im Allgemeinen herabgesetzt.